

## Kleine Anfrage 440

des Abgeordneten Christoph Schulze  
fraktionslos

an die Landesregierung

### **Direktwahl von Landräten – direkte Demokratie wieder abschaffen?**

Die Einführung der Direktwahl von Landräten war in Brandenburg eine politisch heiß umstrittene Sache, insbesondere die SPD hat sich immer dagegen gewehrt und erst zum 01.01.2010 wurde die Direktwahl von Landräten gesetzlich in Brandenburg eingeführt, obwohl diese bereits in vielen Bundesländern seit Jahrzehnten erfolgreich implementiert sind.

Nunmehr ist am 08.03.2015, in der 10. KW des Jahres 2015, die Direktwahl des Landrats im Landkreis Oberhavel erneut gescheitert. In der Stichwahl setzte sich zwar ein Kandidat mit ca. 60 % der abgegebenen Stimmen durch, der Wahlakt war aber nicht gültig, da das entsprechende Quorum von 15 % der Wahlberechtigten nicht erreicht wurde. In der Märkischen Allgemeinen Zeitung vom 10.03. äußern sich Politiker des Landes und des Landtages Brandenburg und resümieren über die Frage der Notwendigkeit der Wiederabschaffung der Direktwahl, weil in der Vergangenheit immer wieder Direktwahlen am Quorum und der schlechten Wahlbeteiligung gescheitert sind.

### **Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:**

1. In welchen Landkreisen hat es seit dem 01.01.2010 Direktwahlen zu den Landräten gegeben?
2. In welchen Landkreisen war die Wahl eines Landrates im Rahmen der Direktwahl erfolgreich (Datum und Landkreis bitte benennen)?
3. In welchem Landkreis war die Wahl eines Landrates im Rahmen der Direktwahl nicht erfolgreich, weil ich das entsprechende Quorum nicht erreicht wurde (Datum und Landkreis bitte aufführen)?
4. Welche Konsequenzen und Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus den gescheiterten Direktwahlen?
5. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass die Direktwahl abgeschafft werden muss, weil sich die Wahlbeteiligung so darstellt, dass Direktwahl in vielen Fällen nicht zustande kam?
6. Kann sich die Landesregierung vorstellen, im Rahmen des Kommunalwahlgesetzes nicht nur für die Direktwahlen zu Landräten und zu Bürgermeistern, sondern auch allgemein zu den Kommunalwahlen das Institut der Briefwahl so zu verändern, dass grundsätzlich jeder Bürger die Briefwahlunterlagen ohne besondere Anmeldung, sondern prinzipiell zugesandt bekommt?